

LeserInnenbriefe

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Wechselwirkung : Technik Naturwissenschaft Gesellschaft**

Band (Jahr): **10 (1988)**

Heft 38

PDF erstellt am: **09.07.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

<http://www.e-periodica.ch>

Besser von Seitenhieben Abstand wahren

Bernt Patze: Markenzeichen der Macht, in WW Nr. 37

Die Würde der Frau sei eine zum Markenzeichen verkommene Idee derer, die sich mit der Macht (nebenbei wer ist das?) identifizieren und bestehende Machtverhältnisse absichern? Das ist doch nicht etwa ernst gemeint? Ich nehme an, es ist eine Gedankenlosigkeit.

Wer hat denn je davon gehört, daß die Meisterdenker und Großredner, denen es um nichts Geringeres als das Ganze geht, die Würde des Menschen geschlechtsspezifisch unterschieden hätten? Von der Würde der Frau zu sprechen macht auffällig, daß bestenfalls über ihren Schutz nachgedacht wird. Wie wenig Achtung den Schutzbefohlenen aber entgegengebracht wird, vermag ein schneller Blick auf die Statistiken der Kindesmißhandlung und der Gewalt gegen Frauen zu zeigen. Die Rede von der Würde des Menschen hat meist nur den Menschen Mann im Sinn, im Stereotyp der »Sorge für Frau und Kind« setzt sie sich fort zur Leugnung und Beschränkung der Autonomie von Frauen. Die Logik der Rede ist nicht einfach umkehrbar.

Bestehen Frauen dennoch auf ihrer eigenen Würde und Lust (vgl. den Artikel von Helga Satzinger und ein paar Seiten weiter vorne), so treten prompt politisch-sachliche wie auch zwischenmenschlich-private Konflikte hervor. Oft genug denunzieren sich dann die wild gestikulierenden »Beschützer« als jene, die gesellschaftliche – und das heißt eben auch patriarchale – Machtverhältnisse nicht nur blind unterstützen, sondern an ihnen partizipieren und von ihnen profitieren.

Solange man(n) sich nicht die Mühe macht, die Verteilung von Macht und Verantwortung auch in den Dimensionen des Geschlechterverhältnisses zu betrachten, sollten Zeitungsmacher und Autoren, die glauben (machen wollen), sie hätten von der feministischen Wissenschaftskritik etwas begriffen, von solchen Seitenhieben lieber einen angemessenen und würdevollen Abstand wahren: »Traurig nur erscheint jetzt das Los der vorübergehend stillgelegten, verlassenen Männer. Erstmals wird man die Männer wie die Jungfrauen in der Bibel in törichte und kluge scheiden. Die Törichten resignieren, sie knirschen mit den Zähnen und spotten, sie loben die »Mutter« von Karin Struck und hoffen, daß die alten Verhältnisse wiederkehren. Die Klugen aber putzen die Lampen und warten.« (Elisabeth Lenk: Die sich selbst verdoppelnde Frau, in: diess., Kritische Phantasie, München 1986, S. 159)

Laura Löwenzahn, Berlin

Verantwortung in der Wissenschaft

Mit fällt auf, daß in Eurem Schwerpunkt die »Gesellschaft für Verantwortung in der Wissenschaft e.V.« (GVW) nicht erwähnt ist. Vielleicht ist das ein Zufall, vielleicht aber auch nicht. Denn diese Gesellschaft, die einmal mit dem hohen Anspruch angetreten war, als deutscher Zweig der progressiven amerikanischen Society for Social

Responsibility in Science (SSRS) die kritischen und ihrer gesellschaftlichen Verantwortung bewußten Wissenschaftler in der BRD zu vereinen und die Diskussion über diese Fragen zu fördern, kümmert seit Jahren dahin, wenn sie auch regelmäßig Vortragstagungen zu entsprechenden Themen veranstaltet.

Der Hauptgrund für ihre relative Bedeutungslosigkeit scheint mir darin zu liegen, daß es ihr nicht gelungen ist, eine eindeutige und zeitgemäße Antwort auf die Frage zu finden, **wem gegenüber** die Verantwortung des Wissenschaftlers eigentlich gelten soll: Seinem eigenen Gewissen – oder »der« Wissenschaft, d.h. seinen Wissenschaftlerkollegen – oder der menschlichen Gemeinschaft, d.h. der Gesellschaft allgemein? Man sollte meinen, diese Frage wäre seit langem beantwortet und sollte mindestens für einen Abkömmling der Society for Social Responsibility in Science keine Unklarheit mehr aufkommen lassen.

Leider ist ein maßgeblicher Sprecher und langjähriger Vorsitzender der GVW entschieden anderer Auffassung. Seiner Meinung nach »wissen die Wissenschaftler selbst am besten, wie und wofür sie die ihnen zur Verfügung gestellten Mittel einsetzen sollen. Kriterien oder Prioritäten, die von außen gesetzt werden, sind abzulehnen; das hat schon der Konflikt Galileos mit der Kirche gezeigt. Wissenschaftliche Ergebnisse haben wahr, d.h. richtig zu sein; dazu genügt das Votum der anderen Wissenschaftler. Jegliche Kritik an dieser Definition von wissenschaftlicher Verantwortung ist ideologische Blindheit oder feiger Opportunismus gegenüber dem linken Zeitgeist. Nobelpreisträger wie Linus Pauling sollen bei ihrem Leisten bleiben und nicht politische Maßnahmen wie z.B. die Raketenrüstung kritisieren, die schließlich die Russen an den Verhandlungstisch gebracht hat« usw. usw.

Trotz alledem habe ich die Hoffnung noch nicht aufgegeben, daß sich die GVW eines Tages von dieser Haltung eines 68-Geschädigten emanzipiert.

Helmut Richter, Frankfurt

»Herz der Informationsgesellschaft«?

W. Polster, H. Wiederhold: Online-Datenbanken, in WW Nr. 37

Aus der Sicht eines Praktikers, der inzwischen rund fünf Jahre mit Online-Datenbanken in einer industriellen Bibliothek arbeitet, ergeben sich beim Lesen einige Fragen und Anmerkungen.

Sind die Autoren hier mystifizierenden Begriffen aufgesessen? Den, aus meiner Sicht, wichtigeren Fragen der Demokratisierung von Informationszugriffen oder den Fragen nach inhaltlichen Aspekten, genauer den Manipulationsmechanismen über Inhalte bzw. die Interessensgebundenheit von Informationsselektion im Inputbereich von Online-Datenbanken, wird der Artikel nicht gerecht.

LeserInnenbriefe

Managergedanken in unseren Köpfen?

Wieso wird eine Propagandathese konservativer Wirtschaftskreise als Anlaß für einen Artikel über Online-Datenbanken genommen? Warum sollen wir als Linke als unsere Köpfe zerbrechen über ungelöste Probleme des Top-Managements? Die Ansicht, die BRD werde nach der geplanten EG-Öffnung im wirtschaftlichen Abseits verschwinden, sollte doch eigentlich nur als interessenbedingte Meinung zur Verschärfung von Ausbeutung und Erhöhung von Leistungsverdrängung zu sehen sein. Uns als Technische Intelligenz betrifft dies hautnah, wenn mittels der genannten Diskussion um den »Wirtschaftsstandort Bundesrepublik« derartige Thesen seitens gesamtkapitalistischer Organisationen verbreitet werden. Insofern ist der Schluß des Artikels richtig, daß zwischen Nutzung von Online-Datenbanken und wirtschaftlichen Entwicklungen kein Kausalzusammenhang besteht und daher die ideologische Überhöhung von Information zu kritisieren ist. An die technokratisch-konservative Grundstruktur des Begriffs der »Informationsgesellschaft« (früher auch zu lesen als Steinbuchs »Informierte Gesellschaft«) sei hier kurz erinnert. Uns als betroffene Lohnabhängige sollte nicht das Rezipieren derartiger Begriffe, sondern deren Analyse und Kritik weiterbringen.

Offene Fragen

Sofern der gesellschaftliche Anspruch, sich aus öffentlich zugänglichen Quellen frei informieren zu können, ernstgenommen wird, stellen sich einige wesentlich andere Fragen, zu deren Beantwortung der Artikel nicht weiterhilft.

Wenn man die Entwicklung im Bereich öffentlicher Bibliotheken sieht, so findet dort über eine Verschärfung von Benutzungsgebühren eine Kanalisierung und Begrenzung von an sich kostenlosen Informationsdienstleistungen statt. Die im kommerziellen Online-Geschäft praktizierten (teuren) Gebührenregelungen drohen auch auf diesen Bereich überzugreifen. Hier erhebt sich die kulturpolitische Forderung nach Vergesellschaftung des Informationssektors im öffentlichen Bereich, ausgehend von uralten Forderungen der Kulturpolitik in der Arbeiterbewegung. Daß kommerzielle Datenbanken schon heute in weiten Bereichen als »Closed Shop« (Geschlossene Gesellschaft) mit sehr hohen Gebühren arbeiten (mir sind hierzu Beispiele aus der Chemischen Industrie und der Automobilindustrie bekannt), zeigt den Trend. Es können sicher Mischregelungen denkbar sein, bei denen kommerziellen Anwendern entsprechende Gebühren aberlangt werden, der privaten Kundschaft jedoch dasselbe über subventionierte Konzepte ermöglicht wird. Ansätze hierzu gibt es im Bereich der Universitätsbibliotheken.

Abfragesprachen

Die Kritik an den angeblich so stark unterschiedlichen Abfragesprachen in verschiedenen Datenbanken geht an der Realität vorbei. Im allgemeinen läßt sich jede Abfrage(Retrieval)spra-

che auf eine Handvoll Grundstrukturen reduzieren:

- blättern im Wörterbuch zur Klärung schwieriger Schreibweisen,
- suchen eines Suchbegriffes im Datenpool (textlich oder codiert),
- verknüpfen verschiedener Suchbegriffe (Bool: Und, Oder, Nicht),
- zeigen (oder drucken) bzw. Download der Ergebnisse aus der Datenbank hin zum Endbenutzer, online oder als Print von der Datenbank per gelber Post.

Angereichert werden diese Grundstrukturen durch unterschiedlich raffinierte Verfahrensweisen oder verschieden mächtige Unterstützungsfunktionen bei Suche und Ausgabe von Dokumenten. Aus der Erfahrung ist jedoch zu sagen, daß die Beherrschung der genannten Grundfunktionen für durchschnittliche Ergebnisse ausreicht. Aber auch hier braucht man Training und im Einzelfall Kenntnisse der Suchmöglichkeiten in der jeweiligen Datenbank.

Von daher ist die Kritik, Online-Abfragen seien zu kompliziert, nur bedingt richtig. Gewarnt werden muß allerdings vor dem Versuch, ohne genauere Kenntnis dieser Strukturen mit inhaltlich zu weiten Begriffen zu suchen. Dies führt in der Regel zu sehr hohen und wenig aussagekräftigen Ergebnis-Treffern. Hier sollte das in Bibliotheken mit zwangsläufig weit strukturierten Suchbegriffen gelernte Verhalten über Bord geworden werden. Datenbanken können weit mehr.

Kritik der Datenbankanhalte

Völlig vermißt habe ich bei der an sich richtigen Kritik an den Datenbankanhalten folgendes: Im allgemeinen ist es für Außenstehende meistens (es gibt auch Ausnahmen) völlig unklar, warum welche Informationen in eine Datenbank geraten. Die Auswahl der in eine Datenbank einzuspeisenden Inhalte findet in der Regel im verborgenen statt, die Kriterien der Auswahl sind unbekannt bzw. werden nicht offengelegt, nicht immer ist eine Liste der verarbeiteten Quellen (bei Literaturdaten z.B. Zeitschriftentitel usw.) verfügbar oder bekanntgemacht oder wenn doch, ist der Zeitraum und die Erschließungstiefe bei der Auswertung nicht mehr nachvollziehbar. Am Beispiel erläutert: Eine mehrteilige Aufsatzfolge ist in der Fachdatenbank A nur mit Teil 1 und 3 nachgewiesen, in der Fachdatenbank B (bei identischen Themengebieten nur Teil 1 und in einer weiteren nur Teil 5 bei unterschiedlicher Zitierweise bzw. Abkürzung des Zeitschriftentitels. Die Fernleihbestellung der nicht nachgewiesenen, aber trotzdem wichtigen Teile 2 und 4 bei einer auswärtigen Zentralbibliothek gestaltet sich daher abenteuerlich.

Ein weiteres Problemfeld liegt in dem bei Datenbankherstellern unterschiedlich gehandhabten Verfahren, »alte«, sprich inaktuelle oder inzwischen unerwünschte Datensätze (oder Einzeldokumente in der DB) ohne Prüfmöglichkeiten seitens des Benutzers aus der Datenbank zu entfernen (Orwell läßt grüßen!). Nicht jede Datenbank legt derartiges in einem »Historisch-File« ab.

Die absichtliche Verschleierung dieser im Vorfeld wirksamen Auswahlkriterien gegenüber dem Benutzer ist ein Herrschaftsmittel. Die fiktive Sachautorität derartiger Datenbanksysteme läßt

leicht diese Grenzen verkennen. Auch wenn es trivial klingt: In einer Datenbank kann nur nach Daten gesucht werden, die auch in ihr gespeichert sind.

Der Kritik am Gebrauchswert von Datenbankinformation im Artikel ist zuzustimmen. Jedoch scheint das differenzierbar durch die Tatsache, daß aufgrund geringer Qualifikation (bildungsökonomisches Problem) Datenbankinformation zur kurzfristigen Abdeckung dieser Defizite benutzt wird.

Der Grund hierfür liegt sicher nicht nur darin, daß das politische System Angst vor zu weitgehender Qualifikation hat, sondern auch in herrschaftsorientiertem Leistungsdenken derer, die qualifizierte Ausbildungsgänge mit Regelstudienzeiten reglementieren; ferner sicher auch in dem, was als Fachqualifikation definiert ist unter dem Gesichtspunkt des Veraltens von Wissen einerseits, Grundlagen- sowie Methodenqualifikation andererseits und irrationales Herrschaftswissen.

Online-Datenbanken können so zur Krücke des Systems werden.

Forderungen

Ausgehend von einem möglichen Werkzeugcharakter dieses Mediums kann der Einsatz bedingt sinnvoll sein unter Berücksichtigung der genannten Grenzen. Wunder sind nicht zu erwarten, höchstens mehr Komfort und eine neue Qualität beim Informationszugriff. Dies inhaltlich sinnvoll einzusetzen, ist eine andere Frage.

Abzulehnen bleibt aus gewerkschaftlicher Sicht alles, was im Zusammenhang mit Online-Datenbanken zu vermehrter Leistungsverdichtung, zu Arbeitsplatzabbau und zur Scheinobjektivierung intellektueller Arbeit führt. Die nächste Stufe dieser Entwicklung, die Verbindung von Datenbanken mit Expertensystemkonzepten (sog. KI) deutet sich bereits deutlich an. Wenn wir als Betroffene hier nicht eingreifen, könnte eine ähnliche Entwicklung mit noch schlimmeren Konsequenzen bevorstehen.

An dieser Ecke sollte weiterdiskutiert werden.

Helmut Ahlborn, Kassel

Vorrang für die Bundesbahn Horst Gerhardt: Halbgott unter der Haube, in WW Nr. 36

Das Projekt »Prometheus« wird mit Sicherheit einen erheblichen Schub im sogenannten »High-Tech«-Bereich hervorrufen. Es wird mit Sicherheit auch Arbeitsplätze schaffen und die Konjunktur möglicherweise in Marsch setzen. Natürlich wird es mit neuen Technologien Verschiebungen auf dem Arbeitsmarkt geben. Die einen Berufe werden abgewertet und z.T. wohl auch aussterben; andere, neue Berufe werden dagegen entstehen.

Also nur auf solche Probleme aufmerksam zu machen, halte ich für müßig. Die Menschheit entwickelt sich nun einmal weiter, und das wird niemand so ohne weiteres aufhalten können. Was aber mehr und mehr an Bedeutung gewinnen muß, wenn die Menschheit nicht einen gigantischen Massenselbstmord aus Versehen machen soll, ist die Einbeziehung weiter Randbeziehungen.

Berichtigung

Im Artikel von Joachim Wolschke-Bulmahn »Öko-Ethik – Der ideologische Zeigefinger« in der WW Nr. 37 unterlief uns auf S. 14 ein sinnentstellender Fehler: »Wir brauchen keine neue Umweltpolitik« hieß es, hätte aber »Umweltethik« heißen müssen. Eine neue Umweltpolitik hält der Autor sehr wohl für notwendig.

»Prometheus« wird in Sachen Umweltschutz und Landverbrauch schon aus prinzipiellen Überlegungen heraus nicht in der Lage sein, diese beiden Gebiete nennenswert zu entlasten. Auf abschbare Zeit wird sich auch die Abhängigkeit vom Öl im Straßenverkehr nicht abschaffen lassen.

Mit weit weniger Aufwand ließe sich das gleiche schon jetzt realisieren, wenn die Bundesbahn mitdenken würde. Dort wird – zumindest im Ausland – schon weitgehend automatisch gefahren. Das automatische Fahren ist sicher nicht von der Zuglänge abhängig. Damit ist denkbar, daß sich kleine Paletten auf den Schienen bewegen könnten, die z.B. normale PKW huckepack nehmen können und sie automatisch »mit Kind und Kegel« von A nach B fahren. Die Größe der Bahnhöfe spielt dabei gar keine Rolle, so daß also auch »unmögliche« Bahnverbindungen, wie z.B. von einem Dorf im Bayrischen Wald in ein Dorf im Schwarzwald, ohne Umsteigen realisiert werden können. Durch den elektrischen Antrieb kann bei der Stromerzeugung an Kraft-Wärme-Kopplung gedacht werden. Damit steigt der Nutzungswirkungsgrad der eingesetzten Energie von derzeit weniger als 20% auf über 80% an. Konsequente Kraft-Wärme-Kopplung erlaubt außerdem den wirtschaftlichen Einsatz von regenerativen Energien ohne wesentliche Umweltbelastung, womit auch die Abhängigkeit vom Öl hinfällig wird.

Fährt man mit ordentlichem Sicherheitsabstand, so darf pro Spur nur alle zwei Sekunden ein Fahrzeug passieren – unabhängig von der gefahrenen Geschwindigkeit. Das wird Prometheus trotz Abstandsradar nicht ändern können, da nicht davon ausgegangen werden kann, daß alle Verkehrsteilnehmer diese Technik einsetzen werden. Bei optimaler Auslastung können bei einer dreispurigen Autobahn also maximal 1,5 Fahrzeuge passieren.

Automatische Paletten auf der Schiene könnten sicher standardisiert werden, so daß alle die gleichen Sicherheitsrichtlinien befolgen. Bei einer Palettenlänge von 6 m, einem Fahrzeugabstand von 20 cm (Gesamt also 6,2 m) und einer Geschwindigkeit von 100 km/h ergibt sich ein möglicher Fahrzeugdurchsatz von knapp 4,5 Fahrzeugen pro Spur. Damit ist nur noch ein Neuntel der Verkehrsfläche gegenüber einer Autobahn nötig. Eine Standspur sowie die geringere Spurweite bei der Bahn sind dabei noch nicht einmal berücksichtigt.

Die Frage sei erlaubt: Warum einfach, billig, komfortabel, akzeptabel, schon jetzt machbar, land-, umwelt- und ressourcenschonend, wenn doch Prometheus finanziert wird?

Christoph Müller, Ingolstadt